

Reportage

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker =
Organo indipendente per logistica = Organ independenta per
logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **75 (2002)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wehrpflicht als Auslaufmodell – Gnadenfrist bis nach der Wahl

VON HARTMUT SCHAUER

Als am 1. April 1957 die ersten Wehrpflichtigen zur Bundeswehr einrückten, gab es erstmals in der deutschen Geschichte eine Wehrpflichtarmee in einem demokratischen Staatswesen. Hier irrte allerdings Theodor Heuss, der erste Bundespräsident gründlich, der die Wehrpflicht in Deutschland als «legitimes Kind der Demokratie» bezeichnete.

Aber die neuen «Staatsbürger in Uniform» taten die folgenden Jahrzehnte im «Kalten Krieg» brav ihre Pflicht und kaum jemand stellte sie in Frage. Nun wird ihre Existenz massiv bezweifelt. Noch stehen die grossen Parteien der Bundesrepublik hinter der Wehrpflicht und zögern den Schritt zur Berufsarmee zu wagen. Aber immer mehr Insider und Staatsbürger stellen nach dem Ende zahlenmässig grosser Landarmeen die Frage nach ihrer Notwendigkeit und Zweckmässigkeit. Durch den grundlegenden Wandel der sicherheitspolitischen Lage vor einem Jahrzehnt geriet die Wehrpflicht vermehrt als «überflüssiges und teures Relikt einer vergangenen Epoche» unter Beschuss.

Der 11. September 2001

mit seinen Auswirkungen auf die Sicherheit und der Notwendigkeit neuer Strukturen (Spezialeinheiten, Hochtechnologie) beschleunigte diesen Trend noch. Neben der Einsparung von Personalkosten (die Finanzierung der Bundeswehr steht bekanntlich auf arg wackligen Beinen) und der Schaffung einer zwar kleineren aber leistungsfähigeren Profi-Truppe bildet vor allem die zunehmende Wehrgerechtigkeit

in Deutschland ein stichhaltiges Argument für ihre Gegner. Warum sollen willkürlich ausgewählte junge Männer einen Dienst leisten müssen, der kaum noch notwendig und sinnvoll erscheint?

Trotz der veränderten Weltlage bleibt die Sicherung des Friedens oberstes Ziel deutscher Aussen- und Sicherheitspolitik. Nach den gegenwärtig laufenden Reformen soll die Bundeswehr künftig einen Personalumfang von

- 202 400 Berufs-/Zeitsoldaten
- 53 000 Grundwehrdienstleistenden
- 27 000 Freiwillig Zusätzlichen Wehrdienstleistenden

haben – eine Reduzierung um 43 Prozent seit 1990. Im Nato-Vergleich hinkt der Anteil der Bundeswehr mit 0,34 Prozent weit hinter dem Durchschnitt von 0,61 Prozent.

Wehrdienst nach der Bundeswehr-Reform:

Neun Monate Grundwehrdienst

- Neun Monate in einem Stück oder
- Neun Monate in Abschnitten (sechs Monate plus sechs

Wochen plus sechs Wochen)

Freiwillige Verlängerung des Wehrdienstes bis zu 23 Monaten.

Die Grundwehrdienstleistenden sollen möglichst heimat- und berufsnah einberufen werden. Die Freiwillig Zusätzlichen Wehrdienstleistenden dienen vorwiegend in den Einsatzkräften und erhalten einen wesentlichen höheren Sold.

Wehrpflichtarmee – «intelligenter» Armee?

Die Wehrpflicht begünstigt vor allem einen ständigen, qualitativ hochwertigen Personalaustausch mit positiven schulischen und beruflichen Qualifikationen.

- Hohes Potenzial allgemeiner und fachlicher Bildung
- Weiteres Berufsspektrum
- Praktische und theoretische Intelligenz
- Fachkenntnis aus allen Wissensgebieten.

Die Wehrpflicht ist entscheidend für die Nachwuchsgewinnung. 45 Prozent der späteren Zeit-/Berufs-

soldaten kamen als Wehrpflichtige und blieben. Allerdings schaffen es viele Staaten, auch anders genügend geeignete Soldaten zu rekrutieren. Das ist allerdings unbequemer und aufwändiger. Sie nur als Vehikel der Nachwuchswerbung beizubehalten wird in der sich zuspitzenden Diskussion kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Der alte «Bürgerstaat» Frankreich

hat nach der Abschaffung der «conscription» einen eintägigen «parcours citoyen» eingeführt, in dem die Jugend Einblicke in das Leben bei den Streitkräften erhält. Und die Kosten? Die durchschnittlichen Sätze betragen für einen Berufs-/Zeitsoldaten jährlich 29 300 Euro, für einen Wehrdienstleistenden immerhin noch 15 600 Euro. Aber bei einem Verzicht auf die Wehrpflicht würde der Umfang der Bundeswehr auf weit über 100 000 Mann verringert, schliesst man die fast 30 000 als Ausbilder und Funktionär tätigen «Betreuer» in Uniform ein.

Da der künftige Einsatzschwerpunkt eindeutig im Ausland liegt, spezialisierte Kräfte erfordert und die Wehrpflichtigen in der kurzen Zeit weder entsprechend ausgebildet werden können noch «out of area» agieren dürfen, ergibt sich die Frage nach dem Sinn einer derartigen Investition. Eine Verwendung der frei werdenden Mittel für eine grundlegend bessere Bezahlung der Profis dürfte auf die Attraktivität der Soldatenlaufbahn entscheidenden Einfluss haben und so das eigentliche Problem lösen ...!

Höher zu bewerten ist die Notwendigkeit und gesellschaftspolitische Bedeutung bürgernaher Streitkräfte. Die Wehrpflicht bindet die Streitkräfte in Staat und Gesellschaft ein, hält das Verteidigungsbewusstsein wach und ermöglicht eine öffentliche Kontrolle über das Militär. Alle Gesellschaftsschichten sind in die Bundeswehr eingebunden, und sie hilft bei der Integration junger Staatsbürger ausländischer Herkunft.



Reservisten feiern das Ende des Wehrdienstes.

Fotos: Bundesministerium der Verteidigung

Ein entscheidendes Argument der Gegner ist die Wehrgerechtigkeit. Wegen sinkender Stärken nimmt auch der Bedarf an Rekruten ständig ab. Nur ein Bruchteil erhält heute überhaupt noch eine Einberufung. Die Zahl der Verweigerer liegt bereits über einem Drittel eines Jahrganges. Geteilt sind die Ansichten über den nicht beanspruchten so genannten «Ausschöpfungsrest» der Geburtenjahrgänge. Während man im Verteidigungsministerium angesichts künftiger geburtschwacher Jahrgänge an ein deutliches Absinken und somit an mehr Wehrgerechtigkeit glaubt, sprechen kritische Stimmen von einer eher gegenläufigen Entwicklung.

Gnadenfrist für die Wehrpflicht?

Obwohl die Politik weiterhin an der Wehrpflicht festhält, bleibt ihre Zukunft ungewiss. Selbst in den Regierungsparteien mehren sich die Stimmen zu ihrer Abschaffung beziehungsweise Aussetzung in «Friedenszeiten». Langfristig als Auslaufmodell gehandelt dürfte sie in ihrer heutigen Form spätestens in der übernächsten Wahlperiode fallen. Gegenwärtig sprechen sich nur noch 51 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung, 45 Prozent für die Umwandlung in eine Berufsarmee aus.

Vor zwei Jahren befürworteten noch 67 Prozent die bisherige Wehrform, nur 25 Prozent bevorzugten eine Berufsarmee. Auch nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beibehaltung und über den Gleichheitsgrundsatz geht die Debatte weiter. Jedoch dürfte es im gegenwärtigen Wahljahr zu keiner definitiven Lösung kommen. Die Parteien zittern um jede Stimme, und sowohl die Sozialdemokraten als auch die Konservativen befürworten (noch) die Dienstpflicht. Vor allem fürchten die Politiker die schweren wirtschaftlichen Folgen weiterer Standortschliessungen, Unmut und Frust des ohnehin schon schwer gebeutelten Personals, das ja auch zur Wahlurne geht.



Junge Wehrpflichtige stehen vor fundamentalen Gewissensscheiden.

Natürlich häufen sich mehr oder weniger qualifizierte Alternativ-Vorschläge unterschiedlichster «Experten» aus allen Lagern. Die Denkmodelle reichen von einer vollkommenen Berufsarmee bis zu modifizierten Wehrpflichtigen-Streitkräften. Am schlechtesten sind die naiven Vorschläge zu einer weiteren Verringerung der schon heute viel zu geringen Dienstzeiten auf nur noch wenige Monate. Welchen Nutzen haben unter hohen Kosten vollkommen unzureichend ausgebildete Wehrdienstleistende, für die es in einer kleiner werdenden Armee nicht einmal mehr «Hilfsarbeiter-Verwendungen» gibt?

Andere Konzepte sehen eine Trennung von Einsatzkräften (Berufssoldaten) und Heimat- und Territorialschutz (Wehrpflichtige) vor. Da ja Deutschland angeblich nur noch von Freunden umgeben ist und die klassische Landesverteidigung an letzter Stelle rangiert, braucht man nicht viel Fantasie, um die Effizienz einer solchen Zweiklassenarmee vorauszusehen. Besser wäre in diesem Fall eine Anlehnung an das durchaus erfolgreiche Prinzip der US-National-Gar-

de, wobei diese aber nicht einer Wehrpflicht unterliegt.

So wird es wohl langfristig wie bei vielen anderen Streitkräften zu einer weiter geschrumpften

Berufsarmee kommen, ergänzt von milizartigen Reserveverbänden noch nicht absehbarer Organisation und Qualität, durchaus auf dem Freiwilligkeitsprinzip beruhend.

AAL BLEIBT MILITÄRISCH

Das Ausbildungszentrum ist für die Luzerner Regierung kein Uni-Standort. Sie will das trotz mangelnder Auslastung nicht prüfen.

-r. Die Luzerner Regierung bestätigt in den Antworten auf den SVP-Vorstoss und eine Anfrage seitens der FDP, dass das Armeeausbildungszentrum (AAL) «nicht ausgelastet» ist. Für 2003 rechnet sie mit 28 Prozent Auslastung der Betten und 41 Prozent der Theoriesäle, für 2004 mit 45 und 57 Prozent. 2001 waren es 38 und 60 Prozent. Das sei durchschnittlich bis gut. Daran ändere sich längerfristig wenig, weil keine andere Teilnehmerzahlen absehbar seien.

«Statt mit dem Bund über das AAL als Uni-Standort zu verhandeln – der Wettbewerb zum Neubau am Kasernenplatz läuft bereits – und einen 99-jährigen Baurechtsvertrag über militärische Nutzung aufzugeben, setzt die Regierung auf die Hoffnung, das Kommando der höheren Kaderausbildung der Armee mit 45 Arbeitsplätzen in Luzern anzusiedeln. Bestrebungen auf politischem Wege sind im Gange. Das AAL werde künftig vorwiegend militärisch genützt», schrieb kürzlich die «Neue Luzerner Zeitung» und betonte: «Das Sicherheitsdepartement forcieri aber die Drittnutzung. Bestrebungen diesbezüglich seien im Gange». Schon 2001 hätten nichtmilitärische Anlässe mit 3000 Besuchern stattgefunden.